

## B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung vom 29.04.2021

---

### A.       ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### 5.       Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 269/2021

Herr Fries erläutert ausführlich die Vorlage sowie die ordnungsbehördliche Verordnung, stellt die betroffenen geänderten Vorschriften gegenüber den bisherigen dar und verweist auf den der Vorlage beigefügten Bußgeldkatalog, der Bestandteil der ordnungsbehördlichen Verordnung ist. Im Rahmen seiner Ausführungen geht er auch auf die Gründe für die Erhöhung der Bußgelder ein.

Für die Fraktion Die Grünen führt Herr Neumann aus, ein Verbot der Drohnen werde nicht befürwortet. Ihres Erachtens falle darunter nur Kinderspielzeug, da Drohnen mit Kameras sowieso unter das Luftverkehrsgesetz fallen, registriert werden müssten und nicht über fremde Grundstücke fliegen dürften. Das Ausspähen Anderer sei illegal. Die vorgeschlagene Regelung schränke die Kinder ein und führe zu Unsicherheiten bei Personen, die solche Drohnen haben.

Eine Einschränkung halte er für sinnvoll, so Herr Weber. Es sei nicht erfreulich, wenn in der Bahnhofstraße 20 Drohnen herumflögen.

In der letzten Sitzung sei beschlossen worden, dass sich die Bußgeldhöhe auf die unerlaubte Abfallbeseitigung am oberen Rahmen des rechtlich zulässigen Rahmens orientiere. Sie frage, ob dies bereits berücksichtigt sei, so Frau Böcking.

Die illegale Abfallentsorgung betreffe eine andere Rechtsgrundlage, nämlich das OWiG, so Herr Fries. Die ordnungsbehördliche Verordnung sei allgemeiner und stelle keine konkurrierende, sondern eine ergänzende Rechtsgrundlage dar. Nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) gebe es für die illegale Abfallentsorgung einen wesentlich höheren Rahmen. Die ordnungsbehördliche Verordnung führe nicht zu einer Einschränkung, da es sich um zwei differenzierte Rechtsgrundlagen handele.

Zur letzten Sitzung habe es die Stellungnahme gegeben, dass die meisten Bußgelder nicht geahndet würden. Er frage, ob darauf ein besonderes Augenmerk gelegt werde, so Herr Kamann.

Die Einstellung der Bußgeldverfahren betreffe eher die Rechtsvorschrift des OWiG in Zusammenhang mit der illegalen Abfallentsorgung, so Herr Fries. Dies müsse man von der ordnungsbehördlichen Verordnung trennen. Lügen entsprechende Nachweise vor, werde ein solches Verfahren nicht eingestellt, werde aber gegen den Bußgeldbescheid Einspruch beim Amtsgericht eingelegt, sei man nicht mehr Herr des Verfahrens. Die Verwaltung habe dann nachzuweisen, dass die Person den Abfall auch dort hingelegt habe. Es sei schwierig, dies nachzuweisen. Wenn der Nachweis erbracht werden könne, führe dies in der Regel zum Erfolg.

Seine Fraktion wolle sichergestellt wissen, dass nicht Kinderspielzeug unter diesen Paragraphen falle, so Herr Groß. Dies sei nicht klar differenziert. Grundsätzlich innerorts alle Geräte zu verbieten, die aus dem Spielzeuggladen kommen, halte er für eine Überregulierung. Er bitte, zumindest bei dem § 12 um eine getrennte Abstimmung, da man bei dieser Formulierung nicht mitgehen könne.

Zur Straßenmusik favorisiert er eine Regelung, die allen gerecht wird und fragt, ob 30 Minuten eine übliche Zeit sei, da er diesen Zeitraum für eine stringente Regelung hält. Seitens der Verwaltung könnten ggf. Vergleiche anderer Kommunen eingeholt werden. Er bittet, vor der Beratung der Vorlage im Rat die positiven Aspekte von Straßenmusik und Straßentheater herauszustellen und dass Beides auch gewünscht ist.

Herr Fries schlägt vor, zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Regelung in der Satzung vorzusehen, dass Kinderspielzeug von § 12 der ordnungsbehördlichen Verordnung nicht betroffen ist.

*Nachsatz der Verwaltung:*

*Der ergänzt formulierte § 12 lautet in seinem Absatz 2 nun wie folgt:*

„(2) *Das gleiche gilt für Flugmodelle und Drohnen, soweit sie nicht unter das Luftverkehrsgesetz in der jeweils gültigen Fassung fallen oder es sich dabei nicht um Spielzeug im Sinne der jeweils gültigen europäischen Richtlinie handelt.*“

Durch die Regelung für die Straßenmusik solle erreicht werden, dass es mehr Angebote gebe als es bisher der Fall gewesen sei. Eine ordnungsbehördliche Verordnung habe jedoch einen anderen Duktus als es eine Kulturvorlage habe. Es gehe darum, eine gewisse Ordnung sicherzustellen. Die Dauer von Straßenmusik an einem Standort werde im Land in der Regel zwischen 15 bis 30 Minuten gehandhabt, so Herr Fries. Dies schaffe eine Balance zwischen denen, die sich gestört fühlen und denen, die die Straßenmusik ausüben.

In § 3(3) der Verordnung solle das Rauchen von Wasserpfeifen verboten werden, so Herr Dil. Dadurch werde das Problem der Verunreinigung nicht gelöst sondern nur verlagert. Er rege an, in die Verordnung aufzunehmen, dass aufgrund der Verschmutzung Brandschutzdecken unterzulegen seien und für die Entsorgung Aschetonnen aufgestellt würden.

Herr Weber verweist darauf, dass der Rat der Universitätsstadt bereits entschieden habe, auf den Sieguferstufen das Rauchen von Wasserpfeifen nicht zuzulassen, um die Verschmutzungen zu vermeiden.

Die Allgemeinverfügung existiere bereits seit längerer Zeit. Der Abs. 3 sei lediglich redaktionell in die Verordnung aufgenommen worden. Der Vorschlag von Herrn Dil sei eine Möglichkeit, aber in der Praxis habe dies nicht funktioniert. Es handele sich auch nur um einen eng begrenzten Bereich, so dass er sich dafür ausspreche, die bestehenden Regelungen zu belassen, so Herr Fries.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Universitätsstadt Siegen zum 01.06.2021 unter Berücksichtigung des Vorschlages der Verwaltung, zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Regelung in der Satzung vorzusehen, dass Kinderspielzeug davon nicht betroffen ist.

*NS. Der Verwaltung:*

*Der ergänzt formulierte § 12 lautet in seinem Absatz 2 nun wie folgt:*

*„(2) Das gleiche gilt für Flugmodelle und Drohnen, soweit sie nicht unter das Luftverkehrsgesetz in der jeweils gültigen Fassung fallen oder es sich dabei nicht um Spielzeug im Sinne der jeweils gültigen europäischen Richtlinie handelt.“*

**Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen**

**2. AfFSO 29.04.2021**

---